

Es ist seltsam, daß jedes Mal, wenn die Werk-tätigen unserer Republik durch einen Aufsehen erregenden Vorfall oder durch einen der großen Prozesse auf gerüttelt werden, die Parole der Wach-samkeit in aller Munde ist, daß aber diese Wach-samkeit bald wieder abflaut und dem Gefühl Platz macht: Na, die sind ja mal wieder gefaßt, jetzt wird schon nichts mehr passieren. Und immer wieder passiert etwas! Es ist klar, daß die Methoden des Feindes sich dauernd ändern und immer raffinierter und komplizierter werden. Es hat deshalb keinen Sinn, stur bloß in die Richtung zu blicken, aus der gestern der Angriff gekommen ist. Er kommt heute oder morgen ganz bestimmt aus einer anderen Richtung. Ein typisches Beispiel dafür auf dem Gebiet der Justizarbeit war der Versuch, mit Hilfe raffiniert gefälschter Dokumente Verbrecher aus unseren Gefängnissen zu befreien, und der — kurz nach dem Mißlingen dieses Plans — unternommene Versuch, durch zahllose gefälschte Aktenanfor-derungen die Arbeit unseres Justizapparates zu des-organisieren.

Es steht fest, daß auch die Ereignisse des 17. Juni 1953 bei allseitiger Wachsamkeit einen anderen Verlauf genommen hätten. Hätten alle Werktätigen sofort erkannt, daß es sich auch hier um eine neue Stoßrichtung des Feindes, um einen verbreche-rischen Angriff gegen unsere Republik und ihre Einrichtungen, um die Verwirklichung des seit

Jahren vorbereiteten „Tages X“ handelte, des Tages X, von dem in Prozessen vor dem Obersten Gericht schon vor weit mehr als einem Jahr aus-führlich die Rede war, dann wären die auch dies-mal im Solde des amerikanischen Imperialismus stehenden und von ihm eingesetzten und dirigier-ten Agenten und Diversanten schon beim Beginn ihrer verbrecherischen Tätigkeit erkannt und den Sicherheitsorganen unseres Staates übergeben worden.

Und jetzt? Ist der „Tag X“ nun vorbei und er-ledigt, und lohnt es sich nicht mehr, über ihn nach-zudenken oder zu reden? Eine solche Denksungs-weise wäre ebenso falsch und gefährlich, wie es falsch und gefährlich wäre, seine ganze Aufmerk-samkeit und Wachsamkeit nun ausschließlich dar-auf zu richten, daß dem „Tag X“ kein „Tag Y“ folgt. Der Gegner ist angriffslüstern und erfinde-risch. Ihm ist jedes Mittel recht, sein Ziel zu er-reichen: Die Verhinderung von Beratungen der vier Großmächte, die Hintertreibung der Einheit unseres Vaterlandes, die Entfachung eines neuen, noch furchtbareren Krieges. Und wir, ganz be-sonders wir Staatsanwälte und Richter, müssen jedes Mittel des heimtückischen Feindes sofort er-kennen und mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft den Feind entlarven und ihn unschädlich machen.

Darum: Jetzt erst recht: Wachsamkeit!

Rechtskraft und arglistige Urteilserschleichung

i

GERHARD GUTSCHMIDT,
Richter am Bezirksgericht Potsdam:

1. Den Urteilen der Bezirksgerichte Erfurt und Schwerin¹⁾, die sich mH der Frage befassen, ob bei einem einverständlich erschlienenen oder einem nur materiell unrichtigen Urteil der Partei, in deren Ver-mögen vollstreckt wüd, eine Möglichkeit der Verhin-derung der Vollstreckung gemäß § 826 BGB gegeben ist, muß sowohl im Ergebnis als auch in der Begründung widersprochen werden.

Was zum Schweriner Urteil zu sagen ist, hat Nathan²⁾ bereits in seiner Anmerkung getan. Aber auch dem Erfurter Urteil kann nicht gefolgt werden. Zunächst einmal se³⁾ davon ausgegangen, daß für die geschädigte Partei eine Klagemöglichkeit nach § 826 BGB bei erschlienenen Urteilen besteht. Diese kann aber auf keinen Fall auf einverständlich erschliefene Urteile ausgedehnt werden. Wird von beiden Parteien im Vorprozeß eine simulierte, in Wirklichkeit nicht be-stehende Forderung zum Gegenstand des Rechtsstreits gemacht — das Wort „Rechtsstreit“ kann man dann nur in Ausführungsstriche setzen —, und wünscht die eine der Prozeßparteien, für die dieses Urteil später schäd-liche Folgen haben kann, im neuen — diesmal wirk-lichen — Rechtsstreit die Beseitigung dieses Titels, so beruft sie sich damit auf ihr eigenes grob gesellschafts-widriges, unsittliches Verhalten, ja auf die von ihr selbst gemeinsam mit dem Gegner begangene krimi-nelle Handlung. (Die Handlung stellt selbstverständlich einen Betrug, mindestens einen versuchten Betrug dar, da ein Dritter — in diesem Fall die geschiedene Ehe-frau des Klägers — dadurch gehindert werden sollte, ihre Unterhaltsansprüche zu realisieren. Wegen der besonderen Arglist, mit der hier zu Werke gegangen wurde, ist sogar ein besonders schwerer Betrug anzunehmen.) Aus dieser Straftat will die Partei jetzt Rechte für sich herleiten; dafür kann ihr aber kein Rechts-schutz gewährt werden. Vielmehr muß betont werden, daß jeder grundsätzlich die Vermögenslage, die durch eigenes strafbares Tun entstanden ist, auch selbst tra-

gen und sich mit ihr abfinden muß. Für eine Klage auf Beseitigung des Titels, den die Partei gemeinsam mit dem Gegner unter grober Täuschung und damit Miß-achtung des Gerichts zum Schaden eines Dritten er-wirkt hat, fehlt also das Rechtsschutzinteresse; sie ist daher abzuweisen. Dabei sei noch darauf hingewiesen, daß auch die erzieherische Funktion der Ge-richte, die die §§ 2 und 3 GVG ausdrücklich hervor-heben, gebietet, einem Simulanten Rechtsschutz für eine auf diese Simulation und deren Folgen ausdrücklich gestützte Klage zu versagen.

Aber selbst wenn der Erfurter Senat dieses Interesse bejahte, dürfte der Klage dennoch nicht stattgegeben werden, weil der Tatbestand des § 826 BGB nicht er-füllt ist. Dieser verlangt nämlich eine sittenwidrige Schädigung des klagenden Teils. Davon kann in diesem Fall nicht die Rede sein. Beide Parteien hatten vereinbart, daß der Beklagte und Kläger des Vorprozesses einen rechtskräftigen Titel wegen einer nicht bestehen-ten Forderung erwirkte, der Kläger dazu durch Nicht-bestreiten beitrug und dann das Mobiliar des Klägers gepfändet wurde, um es dem Zugriff seiner geschie-denen Ehefrau zu entziehen. Bis hierhin ging auch alles „programmgemäß“. Nun wollte es der Beklagte aber nicht mit der Pfändung bewenden lassen, sondern be-trieb die Versteigerung, die allerdings nicht vereinbart war. Ist das sittenwidrig? Inwiefern besteht zwischen zwei Kriminellen eine „Rechtspflicht“ oder „sittliche“ Pflicht, eine Vereinbarung, die alle Tatbestandsmerk-male eines Verbrechens umfaßt, „getreulich“ einzu-halten? Zu der unhaltbaren Konsequenz der Bejahung dieser Frage kommt aber der Erfurter Senat, indem er der Klage stattgibt! Hier muß vielmehr der Satz gelten, daß jemand, der gemeinschaftlich mit einem anderen die Gesetze des gesellschaftlichen Zusammen-lebens auf den Kopf stellt und damit von vornherein sich außerhalb aller Sitte und Sittlichkeit stellt, sich nicht darauf berufen kann, daß der andere noch nieder-trächtiger gehandelt habe als er. Dieses Handeln des anderen ist — da ohnehin Maßstäbe der Moral an das Verhalten der beiden im Verhältnis zueinander nicht angelegt werden können — ihm, dem Kläger, gegen-über nicht sittenwidrig. Gesetzten den Fall, der Beklagte des Vorprozesses und Kläger des neuen Prozesses wäre

1) NJ 1953 S. 312 U. 313.

2) NJ 1953 S. 313/314.